

# Corona und seine Folgen Europa steht am Scheideweg!

Michael Jäger  
Generalsekretär  
Taxpayers Association of Europe  
31. Juli 2020

## Einführung

Auch in Europa sind die Folgen der Corona-Pandemie verheerend. Das Virus zerstört und bedroht die Existenz zahlloser Menschen und Unternehmen. Menschen in der Not zu helfen, sich solidarisch zu verhalten, ist ein Gebot der Menschlichkeit – auch für die EU und ihre Mitgliedsstaaten. Gleichermaßen ist jeder Mensch verpflichtet, seinen eigenen Beitrag zu leisten und Eigenverantwortung zu übernehmen. Auch das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und die EU basieren auf diesen Grundprinzipien: Subsidiarität und Solidarität.

Es gilt, den Schaden für die Gesellschaft so gering wie möglich zu halten. Die Länder und die EU stehen in der Verantwortung und müssen das Notwendige tun, um die Bevölkerung zu schützen und den betroffenen Menschen und Unternehmen zu helfen. Zumal die Auswirkungen der Krise noch lange spürbar sein werden. Zur Bewältigung ihrer Folgen werden immense Summen an Steuergeldern eingesetzt, nehmen die Länder neue Schulden auf und übernehmen zusätzliche Haftungen.

Gerade in der Krise gilt es jedoch, einen kühlen Kopf zu behalten und nachhaltige Lösungen zu finden. Die öffentlichen Mittel und Ressourcen müssen so effizient wie möglich eingesetzt werden. Auch in Corona-Zeiten muss die Verwendung der Steuergelder überwacht werden, damit die Hilfen wirklich dort ankommen, wo Corona zu Schäden geführt hat. Wer Corona missbrauchen will, um sich Hilfen zu erschleichen, muss wissen: Diese Steuergelder müssen zurückbezahlt werden.

„Winston Churchill wird das Zitat: „Verschwende niemals eine gute Krise!“ (*Never waste a good crisis!*) zugeschrieben. Betrachtet man die Forderungen und Beschlüsse, die im Juli 2020 beim EU-Gipfel getroffen wurden, scheint dieses Zitat hier leider sehr gut zu passen. Denn seit Jahren fordern die EU-Kommission und auch große Teile des EU-Parlaments eigene Einnahmen, um den EU-Haushalt zu finanzieren und das bestehende Budget deutlich auszuweiten. In diesem Kontext wird stets diskutiert, dass auch die EU Schulden aufnehmen können soll.

Unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Corona-Wirtschaftskrise scheinen die Befürworter von EU-Schulden und EU-Steuern kurz vor dem seit langem angestrebten Ziel zu stehen: Der Europäische Rat hat beschlossen, 750 Mrd. Euro an gemeinsamen Schulden aufzunehmen. Und dies, obwohl die vorhandenen EU-Mittel und Programme (z.B. EIB, ESM SURE) noch nicht ausgeschöpft wurden sowie angesichts der Ausweitung der EZB-Anleiheankaufprogramme und des Aussetzens der Maastrichtkriterien für die EU-Länder ausreichend Möglichkeiten bestünden, sich – sozusagen zum Nulltarif – zu finanzieren. Darüber hinaus ist nicht transparent, welche Mittel bislang in den einzelnen EU-Ländern zur Bekämpfung der Corona-Folgen eingesetzt wurden und welche, aus nationalen Eigenmitteln finanzierten Maßnahmen geplant sind.

Das 750 Mrd. Euro umfassende Programm „Next Generation“ sieht vor, dass zur Bekämpfung der Corona-Wirtschaftskrise 360 Mrd. Euro Kredite und 390 Mrd. Euro Zuschüsse bereitgestellt werden.

Zudem soll die EU eigene Einnahmequellen – eine eigene Steuer – erhalten.

Unter dem Vorwand der Bewältigung der Corona-Krise wird jetzt versucht, umfassende Änderungen in der europäischen Finanz- und Steuerpolitik durchzusetzen, die vorher aus gutem Grund nicht durchsetzbar waren. Die Krise soll genutzt werden, um Grundprinzipien der EU über Bord zu werfen. **Der europäische Steuerzahlerbund (Taxpayers Association of Europe / TAE) warnt eindringlich vor einer Schulden-Vergemeinschaftung, Corona-Bonds, der Einführung zusätzlicher Steuern, Steuerharmonisierung (Mindeststeuersätze), der Gleichschaltung der sozialen Sicherungssysteme und vor hemmungsloser Verschuldung der EU sowie der einzelnen Mitgliedsländer. Zudem sehen wir das Prinzip der Einstimmigkeit in Steuer- und Finanzangelegenheiten in der EU bedroht. Man kann es nicht stark genug betonen: Das Vetorecht schützt die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und ihre Bürger vor ungewollter Fremdbestimmung durch die EU. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die vorgeschlagene Einführung von Mehrheitsentscheidungen vehement ab.** Aus Sicht der TAE würden diese gravierenden Veränderungen wichtiger Grundprinzipien die EU langfristig mehr spalten als einen.

Statt einer Vergemeinschaftung der Schulden das Wort zu reden, sollten die EU-Mitglieder erst in ihren Ländern alle verfügbaren Potenziale ausschöpfen und Maßnahmen ergreifen, um ihre Bürger und Unternehmen gut aus der Corona-Krise zu bringen.

In der aktuellen Diskussion vermissen wir Vorschläge für institutionelle Reformen der EU. Haben wir nichts aus dem BREXIT gelernt? Jetzt heißt es, wir brauchen mehr Geld, um die Schwierigkeiten zu bewältigen. Mehr Geld wird die Probleme nicht lösen. Im Gegenteil: Einige Länder müssen zahlen, andere Länder erhalten Leistungen. Bleibt es dabei dauerhaft und sind die Empfängerländer nicht zu Veränderungen bereit, sind Konflikte vorprogrammiert.

Statt nur an Finanzhilfen zu denken, sollten gerade jetzt Steuern und Abgaben gesenkt sowie Bürokratie abgebaut werden. Eine Entlastung der Bürger und Unternehmen setzt Kaufkraft frei. Gleichzeitig werden die Bedingungen für künftiges Wachstum verbessert. In der EU wird bereits heute nicht zu wenig, sondern zu viel Geld umverteilt. Im internationalen Vergleich werden die Bürger und Unternehmen in den meisten EU-Mitgliedsstaaten bereits heute mit extrem hohen Steuern und Abgaben belastet, was das Wirtschaftswachstum hemmt und die Pro-Kopf-Einkommen der Bürger signifikant verringert. Lassen wir eine eigene EU-Steuer und die Aufnahme gemeinsamer Schulden zu, werden wir die Situation für die Bürger und Unternehmen der EU weiter verschlechtern. Schulden sind letztlich nichts anderes, als in die Zukunft verschobene Steuerbelastungen für künftige Generationen.

Der europäische Steuerzahlerbund will mit diesem Papier Denkansätze und Anregungen liefern, wie die Folgen der Corona-Krise aus Sicht der Steuerzahler schnell, effizient und nachhaltig abgemildert werden können – ohne die EU in Schulden zu treiben oder EU-Steuern einzuführen.

Europa steht am Scheideweg! Wollen wir, dass die EU Schulden aufnimmt und eigene Steuern erheben darf? Wollen wir den Wettbewerb – einschließlich des Wettbewerbs zwischen verschiedenen Steuersystemen und -sätzen – abschaffen? Wollen wir Europa zur Transferunion umgestalten, in der die EU-Institutionen immer mehr Bereiche koordinieren (sprich: harmonisieren) und Sachverhalte regeln – womit die EU-Mitgliedsstaaten, ihre Bürger und Unternehmer mehr und mehr Freiheiten verlieren? Oder setzen wir weiterhin auf eine freiheitliche Marktordnung und die soziale Marktwirtschaft, die sich in den letzten 75 Jahren in Europa bewährt haben?

## Denkansätze: Prüfen und Hinterfragen

- 1) Grundsätzlich dürfen die Aufnahme von Schulden oder höhere Steuern und Abgaben stets nur die letzten Mittel sein. Zunächst müssen alle anderen Möglichkeiten – einschließlich Einsparungen – ausgeschöpft werden. Die vorhandenen EU-Mittel und Kreditmöglichkeiten (ESM, SURE) sind laut Antwort des Deutschen Bundestages auf eine Anfrage der deutschen Partei FDP vom 8. Juli 2020 noch unangetastet. Trotzdem saugt sich jetzt die EU mit weiterem Geld voll!  
[Siehe: https://www.bundestag.de/presse/hib/705256-705256](https://www.bundestag.de/presse/hib/705256-705256)
- 2) Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft. In der EU gilt das Prinzip der Subsidiarität, der Eigenverantwortung. Dabei soll es bleiben.
- 3) Bevor weitere Mittel und Programme aufgesetzt werden, braucht es Transparenz über bestehende Ausgaben, Programme, Schulden und Haftungen. Bislang ist nicht transparent, was in den einzelnen Ländern im Zuge der Bekämpfung der Corona-Krise ausgegeben bzw. geleistet wurde und wird.
- 4) Die Corona-Ankaufprogramme der Europäischen Zentralbank (EZB) wurden deutlich ausgeweitet auf 1,36 Billionen Euro. Gleichzeitig wurden die Maastrichtkriterien ausgesetzt. Es sind also genügend – nahezu unbeschränkte – Refinanzierungsmöglichkeiten vorhanden.  
[Siehe: https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-06/ezb-weitet-notkaufprogramm-in-corona-krise-um-600-milliarden-euro-aus](https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-06/ezb-weitet-notkaufprogramm-in-corona-krise-um-600-milliarden-euro-aus)
- 5) Natürlich wollen die Länder lieber Zuschüsse und Transfers und keine Kredite, die sie zurückzahlen müssen. Wer aber Kredite ablehnt, über kein Konzept verfügt oder sich nicht an Regeln halten will, sollte keinen Zuschuss bekommen. Die Fleißigen und Sparsamen müssen belohnt und nicht bestraft werden!
- 6) Es wurden 1.824,30 Mrd. Euro auf dem Gipfel am 21. Juli 2020 beschlossen:
  - Mittelfristiger Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 mit 1.074,3 Mrd. Euro. Das EU-Parlament hat aber bereits angekündigt, dies reiche nicht aus, und hat mehr gefordert.
  - Schulden in Höhe von 750 Mrd. Euro werden aufgenommen, die ab dem übernächsten Finanzrahmen 2028 über 30 Jahre hinweg bis 2058 getilgt werden sollen.  
[Siehe: https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200721IPR83702/eu-gipfel-kompromiss-aufbauplan-positiv-langfristiger-haushalt-unzureichend](https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200721IPR83702/eu-gipfel-kompromiss-aufbauplan-positiv-langfristiger-haushalt-unzureichend)
- 7) Das EU-Parlament und die EU-Kommission wollen zusätzlich zum Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 deutlich höhere Finanzmittel (2.000 Mrd. Euro), als die jetzt auf dem Gipfel zur Bewältigung der Corona-Wirtschaftskrise beschlossenen 750 Mrd. Euro.  
[Siehe: https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200512IPR78912/corona-eu27-braucht-2-billionen-euro-rettungspaket](https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200512IPR78912/corona-eu27-braucht-2-billionen-euro-rettungspaket)
- 8) Die jetzt beschlossenen 1,8 Billionen stellen nur einen Bruchteil der Summen dar, um die es tatsächlich geht: insgesamt mehr als 5,7 Billionen Euro!  
[Siehe: https://www.taxpayers-europe.org/de/images/pdf/TAE\\_Ausgaben\\_zur\\_Bewltigung\\_der\\_Folgen\\_der\\_Corona-Wirtschaftskrise\\_Stand\\_Juli\\_2020.pdf](https://www.taxpayers-europe.org/de/images/pdf/TAE_Ausgaben_zur_Bewltigung_der_Folgen_der_Corona-Wirtschaftskrise_Stand_Juli_2020.pdf)
- 9) Der formale Finanzrahmen steigt auf 2 % des Bruttonationaleinkommens (BNE), um die Kreditwürdigkeit sicherzustellen, damit die EU überhaupt Kredite aufnehmen kann. Das soll zwar kein Einstieg in eine Schuldenunion sein, ist es aber faktisch. Denn man nimmt als EU jetzt erstmals langfristig Schulden auf.
- 10) Die Schuldentilgung sollte gesetzlich festgeschrieben werden.

- 11) Zur Finanzierung der Schulden sollen neue Steuern (zum Beispiel auf Plastik und Digitale Leistungen) eingeführt werden. Daneben werden weitere Einnahmen/Steuern (zum Beispiel die Finanztransaktionssteuer) genannt.  
 Siehe: <https://www.bild.de/politik/2020/politik/eu-digital-und-plastik-steuern-sollen-corona-hilfspaket-finanzieren-72006448.bild.html>  
 oder: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-kommissionsvize-valdis-dombrovskis-ueber-corona-paket-die-troika-kommt-nicht-zurueck-a-bf82484f-335a-4a83-971c-c593737ee757>
- 12) Kommissionspräsidentin von der Leyen spricht dezidiert von neuen Eigenmitteln, nicht nur zur Kompensation der 750 Mrd. Euro für „Next Generation“, sondern als Eigenmittel zur Finanzierung des EU-Haushaltes.  
 Siehe: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT\\_20\\_957](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_20_957)
- 13) Legale Steuergestaltung, also die Nutzung von so genannten Steuerschlupflöchern, ist kein Betrug! Betrug bedeutet, dass etwas Illegales stattfindet. Dennoch findet man diese Gleichsetzung immer wieder direkt oder indirekt auf europäischer Ebene, wenn es um die Bekämpfung von Steuerbetrug geht. Auch das legale Bestreben von Unternehmen, ihre Steuerzahlung zu minimieren, wird von der EU kritisch gesehen, teils als aggressive Steuerplanung bezeichnet, und soll ebenso wie Steuerbetrug bekämpft werden.  
 Siehe dazu u.a. das Papier des wissenschaftlichen Dienstes des EP „Bekämpfung von Steuerbetrug“:  
[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/633153/EPRS\\_BRI\(2019\)633153\\_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/633153/EPRS_BRI(2019)633153_DE.pdf)
- 14) Die Steuerzahlerorganisation spricht sich deutlich für einen fairen Steuerwettbewerb aus. Um diesen sicherzustellen, müssen Steuern aber nicht zwangsweise erhöht oder harmonisiert werden!  
 Illegale Praktiken, Bevorzugung und Sondersteuern einzelner Unternehmen sind unfair und müssen bekämpft sowie transparent gemacht werden. Das findet in der EU bereits statt.  
 Trotzdem wird seit dem Jahr 2015 vom Parlament und der Kommission der Druck zur Harmonisierung der Steuersätze stetig erhöht.  
 Siehe: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/549001/EPRS\\_IDA%282015%29549001\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/549001/EPRS_IDA%282015%29549001_DE.pdf)
- 15) Die Digitalsteuer als Umsatzsteuer ist unfair! Die Kritik der EU-Kommission basiert auf falschen Annahmen. Dazu hat sich der europäische Steuerzahlerbund TAE mehrfach geäußert.  
 Entscheidend ist, dass Steuern gezahlt werden. Wo dies geschieht, ist im Sinne der Steuergerechtigkeit unerheblich.  
 Natürlich kann man die Steuer an der Wertschöpfung oder am Verbrauch öffentlicher Leistungen ansetzen. Wer aber eine gesonderte Digitalsteuer einführen will, muss sich der Konsequenzen im Klaren sein: In den Ziel-Ländern werden alle seine Exporte von Waren und Dienstleistungen mit einer vergleichbaren Steuer belastet, egal ob es sich analoge oder digitale Waren- und Dienstleistungen handelt. Der Vertreter der FED hat sich auf dem G20-Treffen in Japan 2019 unmissverständlich in diese Richtung geäußert. Was bedeutet es beispielsweise für das Exportland Deutschland, wenn seine Exporte in den Zielländern mit einer an den Umsatz geknüpften Steuer belastet werden?  
 Angenommen es käme zu einer 3%igen Steuer auf Umsätze: In 2019 betrug das Exportvolumen Deutschlands 1.203,8 Mrd. Euro. Auf diese Summe wären in den Zielländern ebenso 3 % Steuern zu zahlen gewesen. Diese in den Zielländern gezahlte Steuer/Abgabe wäre in Deutschland für die Unternehmen eine Betriebsausgabe und damit abzugsfähig. Somit würde sie den steuerpflichtigen Gewinn mindern oder wäre sogar als Verlust vortragbar. Alleine Deutschland würde durch diesen „Geniestreich“ künftig pro Jahr 36,1 Mrd. Euro Steuereinnahmen verlieren!  
 Siehe: [https://www.taxpayers-europe.org/de/images/pdf/TAE\\_Short\\_Statment\\_Digitalsteuer\\_DE.pdf](https://www.taxpayers-europe.org/de/images/pdf/TAE_Short_Statment_Digitalsteuer_DE.pdf)  
 oder Prof Fuest: [https://www.econpol.eu/opinion\\_12](https://www.econpol.eu/opinion_12)

- 16) Dort wo eine Harmonisierung für den Handel mit Waren- und Dienstleistungen von Vorteil ist, sie zu einer Senkung der Kosten und Preise führt, kann eine Harmonisierung sinnvoll sein. Das sieht auch die Steuerzahlerorganisation so. Aus diesem Grund haben wir das Optionsmodell für die konsolidierte Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer (Common Consolidated Corporate Tax Base / CCCTB) begrüßt. Denn eine gemeinsame Bemessungsgrundlage kann für die großen grenzüberschreitend agierenden Unternehmen durchaus eine Erleichterung sein. Aber eben nur als Optionsmodell, denn die übrigen Unternehmen (zum Beispiel lediglich regional oder national agierende Bäcker) brauchen es nicht. Jetzt soll die CCCTB obligatorisch für alle Unternehmen kommen. Konsequenz für Länder wie Deutschland: Durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage gibt es weniger Abzugsmöglichkeiten. Bei gleichbleibendem Steuersatz (in Deutschland 15 %) führt diese Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu einer höheren Belastung der Unternehmen.
- 17) Steuern spielen bei Standortentscheidungen von Unternehmen eine wichtige Rolle. Würden die direkten Steuern harmonisiert, würde das viele Länder (gerade auch in Ost- und Südeuropa) zwingen, ihre Steuern zu erhöhen. Für sie würde damit ein wichtiger Standortvorteil wegfallen. Folge: Es wird weniger attraktiv, dort zu investieren oder zu produzieren. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass einheitliche höhere Steuersätze automatisch zu höheren Steuereinnahmen führen. Betroffene Niedrigsteuerländer wie unter anderem Bulgarien, Irland, Malta oder Zypern bräuchten einen Ausgleich für den Wegfall dieser Einnahmen. Dies ginge letztendlich nur über Transferzahlungen der EU, also über eine Transferunion.
- 18) Die Möglichkeit der Verschuldung und Erhebung eigener EU-Steuern verführt zu weniger Effizienz, da – schlicht gesagt – der Spardruck fehlt. Der europäische Steuerzahlerbund TAE warnt vor folgendem Szenario: Werden in Zeiten langer Wachstumsphasen mit deutlichen Mehreinnahmen der EU-Haushalt nicht gedeckelt, keine Reserven gebildet und trotz historisch niedriger Zinsen keine bzw. kaum Schulden getilgt, bekommen die EU und ihre Mitgliedstaaten ein handfestes Problem, wenn die Steuereinnahmen in Zeiten schwächeren Wirtschaftswachstums wegbrechen. Der EU-Gipfel hätte gleichzeitig mit seinem Beschluss, eine Verschuldung der EU zuzulassen, auch eine Schuldenbremse für die EU beschließen müssen.
- 19) Die Ausweitung der öffentlichen Schulden erhöht den Druck auf die EZB, die Zinsen dauerhaft niedrig zu halten. Aus dieser Zins- und Schuldenfalle gibt es nur wenige Auswege:
- 1) Tilgung der Schulden
  - 2) Verlängerung der Schulden und die Zinsen dauerhaft niedrig halten
  - 3) Hyperinflation
  - 4) Geteilter Zinsmarkt
- Die Folgen und möglichen Schäden einer dauerhaften Niedrigzinspolitik durch falsche ökonomische Anreize sind evident. Natürlich gibt es auch hier Gewinner und Verlierer.  
 Siehe: <http://www.ifo.de/DocDL/sd-2019-20-michels-et-al-niedrigzinsen-2019-10-24.pdf>  
 Leider haben es die Länder (ihre öffentlichen Hände) bis auf wenige lobende Ausnahmen versäumt, Zinsersparnisse und höhere Einnahmen zur Tilgung zu verwenden.  
 Es gibt einen trivialen Zusammenhang zwischen Zinsen und Tilgung: Annuität = Zins + Tilgung. Sinkt der Zins, kann und muss mehr getilgt werden! Das wird aktuell versäumt.

- 20) Das Thema Einstimmigkeit in Steuer- und Finanzangelegenheiten ist essenziell. Es garantiert die Berücksichtigung aller Interessen und schützt die einzelnen Länder vor einer ungewollten Fremdbestimmung durch die EU.  
**Das Vetorecht schützt uns Europäer! Es schadet uns nicht!**  
Der BREXIT verändert die Balance innerhalb der EU. Mit Ausscheiden Großbritanniens aus der EU verlieren die Nordstaaten ihren bisherigen EU-Bevölkerungsanteil von etwa 39 % der Bevölkerung, und damit auch ihre Sperrminorität. Fast ebenso viel Gewicht haben mit 38 % die mediterranen Länder unter der Führung Frankreichs. Bislang sehen die EU-Verträge bei Mehrheitsentscheidungen eine Sperrminorität von 35 % vor. Entscheidungen können also weder ohne die Zustimmung der Nord- noch die der Südländer getroffen werden. Mit dem Ausscheiden der Briten geht dieses austarierte Machtgefüge der EU verloren. Ohne Großbritannien verfügen die nördlichen Länder nicht länger über die nötigen Stimmanteile, um EU-Entscheidungen notfalls zu blockieren. Gleichzeitig wächst das Gewicht der Mittelmeerstaaten. Direkt und einfach gesagt: Eine Abschaffung der Einstimmigkeit würde dazu führen, dass die Länder, die an einer Umverteilung oder Vergemeinschaftung von Schulden ein Interesse haben oder die Harmonisierung von Steuern vorantreiben wollen, diese Politik mangels Sperrminorität der Nordländer jederzeit durchsetzen können. Die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips würde einer Umverteilung, Eurobonds, Bankhaftung (EDIS), der Abschaffung des Steuerwettbewerbs, der Einführung neuer Steuern und der Einführung einer EU-Steuer ‚Tür und Tor‘ öffnen!  
Die vorgeschlagene Einführung von Mehrheitsentscheidungen klingt zwar harmlos, hat es aber in sich!  
Deshalb fordert die TAE den Erhalt des Prinzips der Einstimmigkeit sowie wegen des Ausscheidens Großbritanniens eine Neudefinition der Sperrminorität bei Mehrheitsentscheidungen auf 20 % oder 25 %.
- 21) Wir hatten bis Corona kein Einnahmeproblem, das zeigen die Statistiken ganz deutlich. Wir werden auch künftig kein Einnahmeproblem haben, wenn die Wirtschaft wieder anzieht. So hat zum Beispiel das deutsche Bundesministerium für Finanzen (BMF) zwar die Steuerschätzung im Mai 2020 Corona-bedingt gegenüber der Schätzung vom November 2019 nach unten anpassen müssen. Betrachtet man diese Schätzung jedoch genauer, sieht man, dass Deutschland laut BMF Ende 2021 wieder auf dem Einnahmen-Rekordniveau von 2019 sein wird (799 Mrd. Euro). Die Steuereinnahmen steigen weiter und summieren sich Ende 2024 auf 883,4 Mrd. Euro, also fast 200 Mrd. mehr als im Rekordjahr 2019! Diese Entwicklung dürfte in anderen wirtschaftsstarken Ländern ähnlich verlaufen. Darüber wird aber nicht gesprochen.  
Mangels Kenntnis oder aus anderen Gründen mehren sich die Stimmen, man müsse jetzt die Steuern erhöhen, die ‚Reichen‘ und die ‚Besserverdiener‘ sollten einen höheren Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Der ‚Strauß zusätzlicher Belastungen‘ reicht vom Lastenausgleich über eine Vermögensabgabe bis hin zu einer höheren Erbschaftssteuer. Die Beschlüsse des Gipfels leisten diesen Forderungen nach höheren Belastungen weiteren Vorschub.  
Siehe auch: [https://www.taxpayers-europe.org/de/images/pdf/TAE\\_Short\\_Statment\\_Digitalsteuer\\_DE.pdf](https://www.taxpayers-europe.org/de/images/pdf/TAE_Short_Statment_Digitalsteuer_DE.pdf)
- 22) Der europäische Steuerzahlerbund hat immer vor dem jetzigen Szenario einer EU-Verschuldung und vor EU-Steuern gewarnt. Das TAE-Papier von 2015 ‚Keine EU-Steuer‘ beschreibt die jetzt leider real werdenden Gefahren sehr detailliert.  
Siehe: <https://www.taxpayers-europe.org/de/images/pdf/keine-eu-steuer-statement-juni-2015-de.pdf>

## Ausblick: Was könnte bei Umsetzung der Beschlüsse des EU-Gipfels drohen

Ein realistisches mögliches Szenario dazu:

- 1) Die EU macht Schulden und bekommt die Ermächtigung, diese auszuweiten.
- 2) Die EU bekommt eigene Steuern als neue und zusätzliche Eigenmittel.
- 3) Der EU-Haushalt wird nicht mehr gedeckelt und wächst mit steigenden Einnahmen.  
Bei rückläufigen Einnahmen werden zur Sicherstellung der Finanzierung des EU-Haushalts weitere Schulden aufgenommen und/oder Steuern erhöht und/oder es greift ein Not-BNE-Schlüssel.
- 4) Die Bemessungsgrundlagen werden harmonisiert, zunächst bei der Körperschaftssteuer (CCCTB), weitere Bereiche werden folgen.
- 5) Die Körperschaftssteuer und weitere direkte Steuern wie die Einkommensteuer werden harmonisiert, Mindeststeuersätze werden eingeführt.
- 6) Einführung von EU-Transfers bzw. eines europäischen Finanzausgleichs.
- 7) Die Sozialabgaben werden harmonisiert.
- 8) In der EU werden einheitliche Mindestlöhne und Lohnuntergrenzen festgelegt (nicht Mindestlöhne an sich, die gibt es faktisch schon).
- 9) Ausbau der gemeinsamen EU-Haftung (zum Beispiel Banken).
- 10) Wirtschafts- und Finanzpolitiken der Länder werden koordiniert (=harmonisiert).

### Fazit

Ob dieses Szenario, auf das wir Schritt für Schritt zugehen, für Europa gut ist und es zu mehr Wachstum und Wohlstand in Europa führt, ist zu bezweifeln. Sicher nicht profitieren werden davon die etablierten demokratischen Parteien.

So wichtig es ist, Europa zusammenzuhalten und jetzt alles zu tun, die Corona-Wirtschaftskrise zu meistern: Es darf nicht zum Missbrauch dieser Krise für politische Zwecke kommen – also zur Durchsetzung von Dingen, die im europäischen Entscheidungsfindungsprozess bislang nicht durchsetzbar waren und die der EU letztlich schaden würden.

Zudem ist zu bezweifeln, dass die EU mit der zusätzlichen Macht und den Billionen Euro im Sinne ihrer Bürger agieren könnte/würde. Denn dort, wo Geld vorhanden ist, steigen stets die Begehrlichkeiten, nimmt die Tugend ab und wächst das Streben, diese Position zu nutzen und zu halten.

Bürger und Unternehmen wissen in aller Regel besser als die Politik, was mit ihrem Geld zu tun ist.

Die EU sollte aus Sicht des Steuerzahlerbundes keine Schulden machen und keine Steuern erheben dürfen. Vielmehr sollte sie die Rahmenbedingungen für ihre Bürger und Unternehmen verbessern, interne Reformen angehen und selbst weniger aktiv werden.

Der europäische Steuerzahlerbund fordert eine Renaissance der Werte in Europa: Mehr Europa, wo es erforderlich ist. Weniger Europa, wo es möglich ist.

# Annex

## Überblick Programme und Beschlüsse Zusammenfassung Europäischer Steuerzahlerbund (TAE)

## Beschlüsse EU-Gipfel vom 21. Juli 2020

<b>Programm „Next Generation EU“</b> <i>Stand 21. Juli 2020</i>	<b>750 Mrd. Euro</b>
<b>Zuwendung für Investitionen</b>	390 Mrd. Euro
Zuschüsse	
<b>Kredite/Darlehen</b>	360 Mrd. Euro
<b>Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2021-2027</b> <i>Stand 21.7.2020</i>	<b>1.074 Mrd. Euro</b>
<b>Summe</b>	<b>1.824 Mrd. Euro</b>

## Bereits bestehende Corona-Rettungspakete

<b>Soforthilfen (Darlehen)</b>	<b>540 Mrd. Euro</b>
<b>ESM Euro Rettungsfonds (für Staaten)</b> Jeder EU-Staat (27) kann 2 % seines BIP bekommen, [19 Euro-Länder]	240 Mrd. Euro
<b>EIB-Bürgschaften für Unternehmen</b>	200 Mrd. Euro
<b>Kurzarbeitergeld der EU-Kommission (SURE) (für Beschäftigte)</b>	100 Mrd. Euro
<b>EZB-Anleihekäufe</b>	<b>1.350 Mrd. Euro</b>
<b>Europäische Zentralbank PEPP-Programm</b> (Pandemic Emergency Purchase Programme) → Jederzeit aufstockbar → ohne Berücksichtigung weiterer Ankaufprogramme wie EAPP, PSPP SMP, usw.	
<b>Summe</b>	<b>1.890 Mrd. Euro</b>

## Weitere geplante indirekte/direkte EU-Pakete

<b>Europäisches Parlament und Kommission fordern zusätzlich zum MFR Anleihen für Finanzhilfen, Kredite, Green Deal, Digitalisierung, Gesundheit, usw.</b>	2.000 Mrd. Euro
<b>Summe</b>	<b>2.000 Mrd. Euro</b>

Auf dem Gipfel im Juli 2020 wurden insgesamt **1.824 Mrd. Euro** für das Programm „Next Generation (750 Mrd. Euro) und den Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) (1.074 Mrd, Euro) beschlossen.

Daneben gibt es konkrete Planungen für weitere Direktzahlungen, Kredite, Haftungen usw. zur Bewältigung der Folgen der Corona-Wirtschaftskrise und zur Erreichung der politischen Ziele der EU! Zählt man alles zusammen, **geht** es auf EU-Ebene **in Wirklichkeit um mehr als 5.700 Mrd. Euro!**

In dieser Summe nicht enthalten sind die nationalen Leistungen, Hilfen, Programme und Neu-Verschuldungen in Billionenhöhe, die die EU-Länder selber schultern. Ebenso unberücksichtigt sind die Target II-Schulden.

Was jetzt an Summen aufgerufen wird, sprengt jeden bislang vorstellbaren Rahmen!

# Überblick Target II

<b>Target II</b> <i>Stand Mai 2020</i> Forderungen der Nationalen Notenbanken gegen die EZB	1.381 Mrd. Euro
<b>Summe</b>	<b>1.381 Mrd. Euro</b>

<b>Target II Salden Mai 2020</b>	
<b>Land</b>	<b>Betrag in Mrd. Euro</b>
Deutschland (DE)	916,1
Luxemburg (LU)	224,6
Niederlande (NL)	77,9
Finnland (FI)	72,7
Irland (IE)	47,6
Slowakei (SK)	14,6
Zypern (CY)	7,6
Slowenien (SL)	7,2
Malta (MT)	5,4
Litauen (LT)	3,6
Estland (EE)	0,8
Lettland (LV)	-2,2
Frankreich (FR)	-20,0
Österreich (AT)	-36,6
Griechenland (GR)	-55,9
Portugal (PT)	-72,0
Belgien (BE)	-79,6
Spanien (ES)	-451,8
Italien (IT)	-517,3
<b>ECB</b>	<b>-145,5</b>
<b>U4*)</b>	<b>2,9</b>

**Quelle:** EZB, Target II Salden Mai 2020; <https://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=1000004859>  
Darstellung TAE

\*) Zusammengefasste weitere Teilnehmer des Euro-Währungsgebiets (wechselnde Zusammensetzung): Seit dem 1. Februar 2016 sind die zusätzlichen Länder des Euro-Währungsgebiets, deren NZBen an TARGET2 teilnehmen: Bulgarien, Kroatien, Dänemark, Polen und Rumänien. Litauen nahm mit seiner NZB bis zum 31.12.2014, Lettland bis zum 31.12.2013, Estland bis zum 31.12.2010 und die Slowakei bis zum 31.12.2008 ebenfalls als Nicht-Euro-Land am TARGET2-System teil. Einzelne TARGET-Salden der NZBen des Euro-Währungsgebiets werden nicht für Termine vor dem Beitritt ihrer Länder zum Euro-Währungsgebiet bereitgestellt.

- Im Zuge der Corona-Krise droht ein Missbrauch der Situation, um politische Ziele durchzusetzen. Gleichzeitig sollen unverrückbare Tatsachen geschaffen werden.
- Trotz Ausscheiden eines Mitglieds (BREXIT) wird eine Erhöhung des Mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) gefordert.
- **Aus Sicht der TAE sind bereits ausreichend Mittel und Möglichkeiten zur Finanzierung vorhanden weil**
  - die EU die Verletzung der Maastricht-Kriterien duldet (der Stabilitätspakt ist ausgesetzt),
  - es bereits Ankauf-Programme seitens der EZB gibt,
  - die Niedrigzinspolitik der EZB die Refinanzierung erleichtert und
  - vorhandene Gelder/Mittel noch nicht abgerufen bzw. erschöpft sind.
- **Aktuell gibt es keine Notwendigkeit, weitere Programme zu beschließen.**
- Es fehlt eine umfassende Bedarfsanalyse. Es fehlt jede Transparenz hinsichtlich der bislang eingesetzten Mittel und wie weitere Mittel verwendet werden sollen.
- Es gibt keine strategische und koordinierte Krisen-Planung
  - weder auf EU-Ebene noch national.
- Der Anteil der Zuschüsse ist zu hoch. Es sollten ausschließlich Kredite vergeben werden.
- Bei Zuschüssen muss stets eine nationale Kofinanzierung in gleicher Höhe erfolgen.
- Die EU selbst soll sich nicht verschulden dürfen.
- Die EU soll keine eigenen Steuern (weder Finanztransaktionssteuer noch Digital-, Plastik-, CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer oder andere Steuern) erheben dürfen, also kein eigenes Steuerhebungsrecht bekommen.
- Die geplanten EU-Steuern und die Aufnahme von EU-Schulden stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Corona-Wirtschaftskrise und wären zeitlich unbefristet.
- Gerade jetzt in der Krise sind Steuersenkungen (statt Steuererhöhungen), Entlastungen bei den Abgaben und Bürokratieabbau erforderlich. Zum Beispiel die Mehrwertsteuersenkung in Deutschland war ein Schritt in die richtige Richtung.
- Die Konditionierung der Corona Hilfen ist überfrachtet und gefährdet die Zielerreichung. Auch um den Erfolg einzelner Maßnahmen und Programme (unter anderem Green Deal, Digitalisierung, Soziales, Gleichstellung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) prüfbar und messbar zu machen, sollten gesonderte Budgets aufgestellt werden.
- Es fehlt jede Prüfung, ob Schäden tatsächlich von der Corona-Pandemie verursacht wurden. Bei längst nicht allen wirtschaftlichen Problemen ist das der Fall. Bei Zahlungen, Haftungsübernahmen und Krediten muss zweifelsfrei geklärt sein, dass sie im Zusammenhang mit Corona stehen.
- Jede Kreditvergabe muss mit verbindlichen Tilgungsplänen verbunden sein. Die Tilgung muss gesetzlich verankert werden.
- Die EU muss sich Handlungsspielraum für die Zukunft erhalten. Sie darf wegen der Corona-Krise nicht das ganze Pulver verschießen.
- Es mangelt an einer zielorientierten Forschungs- und Entwicklungsstrategie.
- Es fehlt ein Konzept zur Selbstversorgung mit Schutzprodukten bzw. zur Versorgungssicherheit.
- Es fehlt eine umfassende Analyse der Folgen der beschlossenen Maßnahmen.

Brüssel/München 31.7.2020

### Rückfragen:

Taxpayers Association of Europe (TAE)

Dipl.-Kfm. Michael Jäger, Generalsekretär

Office Munich

Nymphenburger Str. 118

D-80636 Munich

+49 89 126008 20 Phone

+49 89 126008 47 Fax

E-Mail [info@taxpayers-europe.org](mailto:info@taxpayers-europe.org)

Web [www.taxpayers-europe.org](http://www.taxpayers-europe.org)

Office Brussels

Avenue de la Renaissance 1

B-1000 Brussels

+32 2 740 20 38 Phone

+32 2 740 20 32 Fax

